

Auf die Strasse

Sleep-out am Freitag/Samstag 17./18. September 2004 auf dem Theaterplatz, Basel

19 Uhr	Besammlung auf dem Theaterplatz
19.30	Nothilfe-Essen: Tee und Brot.
Ab 22.00	Notschlafen
ab 7.30	Nothilfe-Frühstück am Theaterplatz: Tee und Brot. Besuche mit Kaffee und Gipfeli sind gern gesehen.
10.00	Pavatext

Gesuch um Allmendbewilligung eingegeben

Das Drama der Nord-Süd-Gegensätze spielt sich zusehends auf der Strasse ab, auch in Basel. Seit April dieses Jahres wirft die Asylbehörde die ausgegrenzten Personen mit sogenanntem Nichteintretensentscheid auf die Strasse. Der Bundesrat will künftig alle Asylsuchenden ohne Ausweispapiere und alle mit einem negativen Entscheid illegalisieren. So kosten sie den Staat nichts. Damit nicht genug.

.Die zu Sans-Papiers gemachten Asyl Suchenden haben die Auflage, die Schweiz unmittelbar und „eigenverantwortlich“ zu verlassen – eine Auflage, die sie in der Regel gar nicht erfüllen können. Sie dürfen nicht bleiben, sie können nicht gehen, legal nicht.

Das neue juristische Konstrukt führt zu haarsträubenden Situationen: Auf den Strassen Basels sind NEES – Menschen mit einem Nichteintretensentscheid - einer Jagd durch die Polizei ausgesetzt. Werden sie erwischt, erhalten sie eine Geld- und Gefängnisstrafe wegen illegalem Aufenthalt. Das Strafkonto der völlig mittellosen Sans-Papiers – sie sind ja von der Sozialhilfe ausgeschlossen – wächst so ins Irrwitzige. Was jene freut, die an hohen statistischen Zahlen zur „Ausländerkriminalität“ interessiert sind.

Allein schon die Anwesenheit eines Sans-Papiers gilt als Delikt. Zudem wirkt das juristische Konstrukt der „illegalen Anwesenheit“ wie eine ansteckende Krankheit: Sans-Papiers werden so zu Unberühmbaren, wer mit ihnen in Kontakt kommt, wird selber straffällig. – Eine inszenierte Seuche.

Die Basler Polizei führt die Aufgegriffenen häufig in jene Kantone zurück, die für deren Ausschaffung zuständig sind. Dort wie hier sind die Gefängnisse bereits überfüllt; Nothilfe wird meist verweigert. Die Aufgegriffenen kehren häufig nach Basel zurück und laufen der Polizei erneut in die Hände – ein schreckliches Katz- und Mausspiel. Der Bundesrat treibt die Menschenjagd mit den eben beschlossenen Massnahmen weiter an.

Die Illegalisierungsmassnahmen und den Sozialhilfestopp erfunden haben Alt-Bundesrätin Ruth Metzler und der frühere BFF-Direktor Jean-Daniel Gerber. Noch während der Abstimmungskampagne zur letzten SVP-Asylinitiative, die am 24.11.02 abgelehnt wurde, kündigten die beiden noch viel „griffigere Instrumente“ zur Bekämpfung von Asylgesuchen an. Als Sparprogramm wurden die Illegalisierungsmassnahmen in die laufende Asylgesetzrevision eingebracht. Am letzten 25. August, rund fünf Monate nach der nationalrätlichen Asyldebatte, stimmte der Bundesrat einem neuen Radikalschlag Blochers zu und griff abermals in rechtsstaatlich bedenklicher Weise in den Gesetzgebungsprozess ein. Er will den Sozialhilfestopp auf sämtliche abgewiesenen Asylsuchenden und solche ohne Identitätsausweise ausdehnen. Die Ausschaffungshaft, die bereits in diesem April zur Beugehaft umfunktionierte worden ist, soll nun auf 18 Monate verdoppelt werden. So ist die von der SVP geplante neue Asylinitiative vom Bundesrat bereits realisiert und noch weit übertroffen worden.

Seit dem 1. April 2004 sind über 3'000 Asylsuchende illegalisiert worden. Der grösste Teil lebt als Sans-Papiers in der Schweiz und verstärkt die bisherige Bevölkerungsgruppe der irregulär Anwesenden von 200'000 bis 300'000 Personen. Hinzu kommen nun die mehreren tausend Abgewiesenen, die bereits vor dem 1. April 04 einen Nichteintretensentscheid (NEE) erhalten hatten. Tritt die neue vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung in Kraft, landen zusätzlich monatlich 4-5'000 Sans-papiers mit NEE auf der Strasse.

Dass die Gefängnisse in der Schweiz heillos überbelegt sind, ist auf die unzähligen Ausschaffungshäftlinge zurückzuführen. Ein teures Geschäft: Ein Gefängnisplatz kostet täglich weit über 200 Franken. Ein Asylbewerber kostet den Staat höchstens einen Fünftel dieser Kosten – Wenn er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen darf, bringt er ihm namhafte Einnahmen durch zusätzliche Spezialsteuern!

Kontakt: Solidaritätsnetz Region Basel, Pf., 4005 Basel, PC 40-384045-9